

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 21.05.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:32 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, das der Tagesordnungspunkt 7.3 (BV/097/2025/I-41) seitens der Verwaltung zurückgestellt und in die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 11.06.2025 verwiesen wird, um die Vorlage vor der Sitzung des Stadtrates in den Fachausschüssen zu beraten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erfolgten.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 26.03.2025, 02.04.2025 und 23.04.2025

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschriften der Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung vom 26.03.2025, 02.04.2025 sowie 23.04.2025 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 26.03.2025: 08:00:02
Niederschrift vom 02.04.2025: 08:00:02
Niederschrift vom 23.04.2025: 08:00:02

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung vom 23.04.2025 bekannt:

Unternehmensangelegenheit
Abberufung des Ärztlichen Direktors und 1. Betriebsleiters des Städtischen Klinikums Dessau und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

Unternehmensangelegenheit
Abberufung des Geschäftsführers der MVZ SKD gGmbH und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses

Unternehmensangelegenheiten
Befristete Verlängerung des Geschäftsführungsvertrages bei der MVZ SKD gGmbH

Unternehmensangelegenheit
Abberufung des Pflegedienstleiters Städtischen Klinikums Dessau und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

Unternehmensangelegenheiten
Bestellung der Geschäftsführung der MVZ SKD gGmbH

Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2025 mit dem Geschäftsführer der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist auf die Bekanntgabe seiner Eilentscheidung in der letzten Sitzung des Stadtrates aus dem Baubereich sowie einer Informationsvorlage im Fachausschuss.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Neubesetzung von Ausschüssen **Vorlage: BV/121/2025/I-07**

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.2 Abberufung und Berufung sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt **Vorlage: BV/128/2025/I-07**

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.3 Ablehnung einer möglichen Anfallsberechtigung nach § 11 Nr. 2 der Satzung Brauhaus-Verein e.V.i.L. zur Vermögensübernahme nach Auflösung des Vereins **Vorlage: BV/097/2025/I-41**

Die Beschlussvorlage wird in die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 11.06.2025 verwiesen.

7.4 Unternehmensangelegenheiten – Bestellung des Pflegedirektors des Städtischen Klinikums Dessau **Vorlage: BV/134/2025/I-SKD**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt eine Änderung im Beschlusstext, in Absprache mit dem Städtischen Klinikum Dessau, bekannt. Die im Beschlusstext genannte Person wird zum „Pflegedienstleiter“ benannt. Die Bezeichnung „Pflegedirektor“ ist in der Satzung noch nicht vergeben. Im Zuge einer Satzungsänderung wird der Begriff „Pflegedirektor/in“ eingefügt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.5 Bestimmung des Kandidaten der Stadt Dessau-Roßlau und der persönlichen Stellvertreterin für die Wahl in den Verbandsausschuss des Unterhaltsverbandes Taube-Landgraben **Vorlage: BV/094/2025/III-66**

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

- 7.6 Kommunalverfassungsverstreit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dessau-Roßlau gegen den Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/132/2025/V-StR

Abstimmungsergebnis: 08:02:00

- 7.7 Kommunalverfassungsverstreit des Stadtrates Michael Fricke gegen den Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau u. a.**
Vorlage: BV/133/2025/V-StR

Abstimmungsergebnis: 08:01:01

- 7.8 Beflaggung Dienstgebäude und Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: FV/008/2025/AfD

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, führt in die Beschlussvorlage ein und betont, dass nicht genug an die deutschen Farben der Demokratie, der Republik und des Gemeinwesens erinnert werde. Des Weiteren sollte über die Minima an Anlässen, die die Landesregierung in ihrem Beflaggungserlass vorgegeben hat, hinausgegangen werden, um Farbe zu bekennen. Er signalisiert Offenheit für Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge oder Anpassungen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, weist zunächst darauf hin, dass gemäß Art. 22 des Grundgesetzes (GG) die Fahne als Bundesflagge und nicht als Nationalflagge bezeichnet wird. Er bittet um eine Definition der Formulierung in der Anlage, 3. Absatz „Zumutung der letzten Jahre“. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, warum die Flaggen der Kommune, des Landes Sachsen-Anhalt und vor allem auch Europa in der Beschlussvorlage nicht vorkommen.

Herr Stadtrat L. Nothdurft erklärt, dass diese Formulierung im gemeinsam getragenen Beflaggungsbeschluss der Christdemokraten und der Alternative für Deutschland im Nachbarlandkreis zu finden ist. Darin wird Bezug genommen auf die Ereignisse der letzten Jahre, die die Gesellschaft gefordert haben und insbesondere von den weitreichenden Entscheidungen, die im Zuge der Bekämpfung und Eindämmung der Corona-Pandemie von Seiten staatlicher und gesundheitlicher Einrichtungen getroffen wurden. Er zeigt sich für andere Formulierungen und Konnotationen offen. Die weitere Beflaggung (städtische und anhaltische Flagge) wurde besprochen und begrüßt. Nach Vorerkundigungen wurde jedoch festgestellt, dass hierfür nicht ausreichend Flaggenmasten vorhanden sein dürften, ausgenommen vor dem Rathaus, sodass sich auf die wichtigste demokratische Flagge fokussiert wurde.

Herr Stadtrat Adamek macht deutlich, dass seiner Ansicht nach viel zu wenig Flagge im Land gezeigt wird. Die Definition zum Thema „Zumutung“ hat für ihn jedoch nicht ausgereicht, er vermutet an dieser Stelle noch andere Zusammenhänge und sieht einen Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und der Bundesflagge nicht.

Herr George, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wirbt um Ablehnung des Antrages. Eine Beflaggung sollte nur im Kontext der Europaflagge erfolgen, da auch Deutschland Teil Europas ist. Europa ist die Fortentwicklung Deutschlands, das sich nach außen hin nicht abgrenzt, sondern öffnet, wie auch die Stadt Dessau-Roßlau. Er verweist auf Art. 23 GG sowie die Landesverfassung, Art. 1 und betont die Wichtigkeit eines sichtbaren Zeichens für ein Miteinander in diesen Zeiten.

Herr Stadtrat L. Nothdurft begrüßt es, auch die weiteren Fahnen des politischen Lebens mit in den Blick zu nehmen und stellt anheim, einen diesbezüglichen Änderungsantrag zu stellen.

Herr J. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus. Seiner Meinung nach sollte sich an die Symbolik der Fahnen zu bestimmten Feiertagen orientiert werden. Zur Thematik weiterer Flaggen vertritt er die Auffassung „alles oder gar nichts“ und fordert die Präsentation von Weltoffenheit, um Fachkräften ein neues Zuhause zu bieten. Auch er sieht keinen Zusammenhang zwischen der Bundesfahne und der Corona-Pandemie.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erachtet die Begründung der Vorlage als Hohn und spricht sich gegen diese aus. Nach seiner Auffassung hat die einbringende Fraktion mit den hinter den Farben schwarz-rot-gold stehenden Werten nichts gemein.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erachtet die Begründung der Vorlage als nicht schlüssig, sodass diese abzulehnen ist. Durchgehende Beflaggung verwässert das gemeinsame Gedenken an bestimmten Tagen. Mit einer Beflaggung zu bestimmten Ereignissen ist die Funktion des gemeinsamen Erinnerns vollumfänglich erfüllt.

Herr Stadtrat George erinnert an die Mittel der letzten Jahre für Schulgebäudesanierungen aus Europa und sieht es daher als fair, vor Gebäuden, bei denen nur ein Fahnenmast zur Verfügung steht, die europäische Fahne hochzuziehen.

Herr Stadtrat Adamek stellt fest, dass die Begründung der Beschlussvorlage seine Zustimmung verhindert. Grundsätzlich begrüßt er eine Beflaggung in jeglicher Form.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, bedauert einen ablehnenden Beschluss aus dem Grund, dass die Vorlage von der AfD-Fraktion eingebracht wurde und die Begründung keinen Gefallen findet. Es sollte den Bürgern gezeigt werden, dass die Stadt zum Heimatland steht, wie das in anderen Ländern selbstverständlich ist. Er

richtet das Wort an Stadtrat Adamek und bittet diesen, einen Änderungsantrag einzubringen, da er prinzipiell einer Beflaggung zustimmt.

In **Herrn Stadtrat J. Weber** regt sich Widerstand aufgrund der Erinnerung an Zeiten, in denen Rechenschaft über Beflaggen abgelegt werden musste und der Tatsache, dass es sich um eine Verordnung handeln soll.

Herr Stadtrat Adamek berichtet über die Street-View-Darstellung des Roßlauer Rathauses, auf dem die Flaggen von Europa, Sachsen-Anhalt, Deutschland und der Ukraine zu sehen sind.

Frau Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, hat ein Problem mit dem Stolz auf die deutsche Geschichte. Bei einem vorhandenen Fahnenmast würde sie die Europafahne wählen, da sie die europäische Geschichte der letzten 100 Jahre mehr beeindruckt.

Herr Stadtrat Fricke erklärt, dass ihm die Begründung „stolz, deutsch zu sein“ viel zu völkisch ist. Niemand ist besser, weil er deutsch ist. Stolz sein, kann man, auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung und auf deren Verteidigung. Des Weiteren stellt er fest, dass sich die Einbringer zur Europafahne nicht geäußert haben. Er zeigt sich darüber nicht erstaunt, da diese bekanntlich Europa ablehnen. Abschließend kritisiert er die einbringende Fraktion, andere Fraktionen mit der Aufforderung zu einem Änderungsantrag in die Falle zu locken.

Herr Stadtrat L. Nothdurft weist die Angriffe gegen seine Fraktion und die von den Bürgern gewählten Stadträte aufs Schärfste zurück und hält diese für unpassend sowie spaltend. Des Weiteren betont er nochmals die Notwendigkeit, sich auf etwas Gemeinsames, Innerliches und vom grundrechtlichen Wertekanon Getragenes zu besinnen. Hierfür gibt es seiner Auffassung nach kein idealeres Mittel, als die mit dem Beflaggungsantrag in den Blick genommene Bundesflagge.

Herr Stadtrat George erinnert an die Beiträge der AfD-Fraktion in Landtagsdebatten und wirft dem Vorredner Doppelzüngigkeit vor.

Nach einer weiteren Aussprache wird die Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 02:08:00

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck thematisiert eine Beschlussfassung aus dem Jahr 2003 bezüglich der Fraktionsseiten im Amtsblatt mit dem Ursprung, die Sachpositionen zu aktuellen Stadtratsdiskussionen darzustellen. Er erinnert an das im Beschluss formulierte Ziel der einbringenden Fraktionen, über Sachargumente bei Abstimmungen zu informieren. Damals war es die Intention des Stadtrates, den

Stadtratsfraktionen die Möglichkeit zu geben, im Rahmen von Abstimmungen ihre Sicht und ihre Position zu Vorlagen darzustellen. Da sich im Laufe der Zeit die Inhalte der Fraktionsseiten verändert haben, weist er darauf hin, dass diese Beschlusslage noch immer bindend ist. Mit Ergänzungsbeschluss aus dem Jahr 2020 wurde das Ziel der Fraktionsseiten nicht geändert. Es wurde vielmehr dahingehend konkretisiert, dass Fraktionsbeiträge nicht in voller Länge abgebildet werden, wenn diese offenbar unwahr sind, wenn sie ehrverletzend oder beleidigend sind, die öffentliche Verwaltung herabwürdigen oder gegen die Sitten verstoßen. Dies sind die handlungsleitenden Argumente der Stadtverwaltung, Fraktionsbeiträge zu bewerten. Es erfolgte eine strikte Orientierung an diese Vorgaben des Stadtrates. Er appelliert daran, sich bei der Gestaltung der Fraktionsseiten auf die vom Stadtrat beschlossene Zielsetzung zu fokussieren oder Beschlüsse zu ändern. Die entsprechenden Unterlagen werden den Fraktionen zeitnah noch einmal zugeleitet.

Herr J. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, erinnert an seinen mehrmaligen Antrag auf Akteneinsicht bezüglich des Klinikums und bittet um einen zeitnahen Termin. Sollte ihm bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates kein Termin vorliegen, wird er gegebenenfalls rechtliche Hilfe in Anspruch nehmen, um das Recht auf Akteneinsicht herbeizuführen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Stadtrat Weber, dass er diesen Wunsch mündlich im Stadtrat im Februar 2025 geäußert hat und verweist auf die diesbezügliche Protokollierung. Wenn erforderlich, kann ein schriftlicher Antrag mit dem Verweis auf die jeweiligen Sitzungen erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine Prüfung und Rückmeldung zu.

Herr George, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußert sich erfreut über die Fahrt einer Delegation aus Dessau-Roßlau nach Weimar, um symbolisch das Bauhaus nach Dessau zu holen und äußert die Bitte nach einer besseren Öffentlichkeitsarbeit, um „100 Jahre Bauhaus“ breiter publik zu machen und für die Stadt zu werben. Er bittet um eine Analyse, wie dies künftig besser erfolgen kann. Lobend äußert er sich zu der Organisation, Betreuung und Durchführung durch das Kulturamt.

Des Weiteren thematisiert er einen Post auf Instagram zum BUGA-Club, bei dem er, trotz Signalisieren seines Interesses, kein Mitglied ist. Es war zu lesen: „Was für ein Auftakt! Der erste Abend BUGA-Club fand am 8. Mai im stimmungsvollen Kornhaus Dessau statt mit Sonnenuntergang an der Elbe, spannenden Einblicken in den Planungsstand der BUGA 2035 und starken Impulsen von der Stadt, Club und engagierten Gästen“. Er zeigt sich irritiert über die Tatsache, dass ein BUGA-Club derartige Informationen erhält, der Stadtrat als entscheidendes Gremium jedoch nicht. Da eine Mitarbeiterin der Verwaltung auf dem Foto zu sehen ist, ist davon auszugehen, dass „Verwaltungs-Input“ gegeben wurde. Stadtrat George möchte wissen, ob die Verwaltung Mitglied des BUGA-Clubs ist und wann Informationen an den Stadtrat erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der aktuelle Arbeitsstand im Wirtschafts- und im Bauausschuss nichtöffentlich präsentiert wurde, bevor der BUGA-Club informiert wurde. Nichtöffentlichkeit wurde zur Information des Stadtrates gewählt und weil noch abzustimmende Eigentümerinteressen bestehen. Nach Abstimmung erfolgt selbstverständlich die öffentliche Einbindung.

Herr Adamek, Fraktion CDU, merkt an, dass eine Information im BUGA-Club Öffentlichkeit darstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass es sich um eine nichtöffentliche Veranstaltung gehandelt hat.

Herr Stadtrat Adamek vertritt die Auffassung, dass der BUGA-Club eine öffentliche Einrichtung darstellt und nicht legitimiert ist, öffentliche Informationen zu erhalten, über die der Stadtrat nichtöffentlich in Kenntnis gesetzt wird.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet, dass sie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität in Unkenntnis der Unterlagen Antrag auf Öffentlichkeit gestellt hatte. Nachdem ihr nun die Unterlagen bekannt sind, ist für sie die Nichtöffentlichkeit noch immer fraglich. Sie bittet die Stadtverwaltung um Benennung der Ausweisungen in dem vorgestellten neuen Programm, die private Interessen verletzen. Die neue Kulisse, die dem BUGA-Club offensichtlich auch schon bekannt ist, ist deutlich reduziert und beinhaltet Hinweise auf Gebäude mit Leerstand. Leerstand in Gebäuden stellt keine vertrauliche Information dar, da die Eigentümer nicht benannt wurden. Jeder Bürger kann sich über leerstehende Gebäude ohne Namensschilder in der Stadt informieren. Ihre Fraktion erbittet eine schriftliche Information darüber, welche konkreten Gegenstände der Präsentation gegen private Interessen verstoßen und deshalb nichtöffentlich zu behandeln sind.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtrat George erklärt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass die Stadt kein Mitglied des BUGA-Clubs ist. Eine Mitgliedschaft hätte im Stadtrat beschlossen werden müssen.

Herr Stadtrat J. Weber vertritt die Auffassung, dass der BUGA-Club eindeutig Öffentlichkeit darstellt und verweist auf die klaren Regelungen zur Nichtöffentlichkeit.

Herr Stadtrat George bittet um Auskunft über den aktuellen Stand der Stellenbesetzungen der Umweltdetektive. Insbesondere möchte er wissen, wie viele Personen derzeit aktiv, wie viele Stellen vakant und wie viele Stellen derzeit ausgeschrieben sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert die Prüfung und eine Antwort zu.

Herr Stadtrat Adamek thematisiert die Risikobewertungsverfahren für Veranstaltungen. Für die Veranstaltung am 1. Mai gab es beispielsweise die Bitte, Fahrzeuge entlang der Straße als eine Art Wall zu parken. Auch bei

Ortschaftsveranstaltungen gab es Auflagen, ein Feuerwehfahrzeug oder ein ähnlich schweres Fahrzeug an bestimmten Stellen zu parken. Er möchte wissen, ob bestimmte Vorgaben oder Schemen zur Bewertung der Anordnung vorhanden sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass Leitlinien für Sicherheitsprüfungen seitens des Landes zur Orientierung ohne verbindlichen Charakter herausgegeben wurden. Dennoch stellen sie die Grundlage für die Genehmigungsentscheidung zu öffentlichen Veranstaltungen dar. Des Weiteren erfolgen Konzeptabstimmungen mit den Veranstaltern und dem Ordnungsamt sowie gegebenenfalls der Polizei.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, ergänzt, dass letztendlich der Einzelfall entscheidend ist. Es erfolgt die Prüfung des Ortes, der Zufahrten sowie der Gesamtlage der Veranstaltungen in Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden unter Einbeziehung der Gefahrenlage zum jeweiligen Zeitpunkt.

Herr Stadtrat George erfragt zu diesem Thema den aktuellen Stand der Sommerlounge auf dem Markplatz.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass ab Juli die Sommerlounge stattfindet.

Herr Stadtrat George möchte hierzu wissen, ab wann diese beworben wird. Nach seiner Kenntnis soll hierfür das Sicherheitskonzept noch nicht bestehen, sodass Werbung noch nicht erfolgen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine Beantwortung seitens der Stadtmarketinggesellschaft zu.

Frau Stadträtin Richter zeigt sich erfreut über das Bestehen der Regelwerke, kann jedoch konkrete Gründe für viele abgesagte Veranstaltungen nicht sehen. Viele Veranstaltungen könnten ihrer Ansicht nach stattfinden, wenn ausreichend Absperrvorrichtungen und Sicherheitspersonal vorhanden sind. Es sollte zwischen dem Nutzen der Veranstaltung und dem Aufwand abgewogen werden. Sie würde eine Darstellung der Probleme und Sachfragen im nichtöffentlichen Teil zum besseren Verständnis begrüßen, warum beispielsweise eine bestimmte Veranstaltung verlagert werden musste, wie die Eröffnung der Theatersaison mit einer Verlagerung in den Tierpark.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass letztendlich die finanziellen Mittel ausschlaggebend sind. Absperrungen sind derart kostenintensiv, dass Veranstalter dies finanziell nicht stemmen können. Insbesondere bezüglich des Theaters beruht die Entscheidung auf finanziellen und logistischen Gründen. Bei künftigen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere Straßenbaumaßnahmen, müssen Veranstaltungsorte gut abgewogen und berücksichtigt werden. Neben der Kostenfrage ist es auch eine Frage der Bereitschaft des Veranstalters, gewisse Risiken einzugehen, da ein Restrisiko immer bestehen bleibt. Häufig stehen

Veranstaltungen ohnehin auf der finanziellen Kippe und dann wird eine Entscheidung zur Absage getroffen. Die Entscheidung des Theaters begründete sich neben der finanziellen Abwägung auch in einer Risikoabwägung. Herr Dr. Reck begrüßt es nicht, Veranstaltungen aus dem Stadtzentrum zu verlegen. Es müssen Lösungen gefunden werden, wie Veranstaltungen im Stadtzentrum stattfinden und wie Orte dafür ertüchtigt werden können. Konkret benennt er hierfür die Möglichkeit der Einzäunung des Stadtparkes und das Aufstellen von „Pollern“ auf der Zerbster Straße aus Sicherheitsaspekten. Nach Gesprächen mit den Akteuren des Stadtsommers hatte er jedoch nicht den Eindruck gewonnen, dass die Sicherheitsmaßnahmen nicht lösbar sind und das Event nicht stattfinden könnte. Gern können die handlungsleitenden Eckpunkte im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt vorgestellt und erörtert werden.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, richtet das Wort an Frau Bürgermeisterin und Beigeordnete Lohde zum Ereignis des Einschwebens der Ersatzbrücke in Roßlau am kommenden Wochenende. Er bittet um Veröffentlichung der zeitlichen Abfolge, da viele interessierte Bürger daran teilnehmen möchten.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass die Pressestelle informiert ist und diese die Information weitergeben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt abschließend zur Anfrage von Stadtrat George, dass im nächsten Amtsblatt unter der Rubrik „Neues aus dem Stadtmarketing – Open Stage startet in die 6. Saison“ die Termine zur Sommerlounge kommuniziert werden.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:32 Uhr und stellt Nichtöffentlichkeit her.

13 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18:32 Uhr.

Dessau-Roßlau, 11.08.25

Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer